

20.11.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz

Berichterstatter

Abgeordneter Hendrik Schmitz

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 16.11.2023/Ausgegeben: 21.11.2023

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom Rechtsausschuss beraten. Zum Haushaltsentwurf 2024, Einzelplan 04, lag der Erläuterungsband mit der Vorlage 18/1413 bei den Beratungen vor. Darüber hinaus lagen zusätzlich noch die Vorlagen 18/1776, 18/1777 und 18/1778 vor. Das Ergebnis seiner Beratungen wurde dem Haushalts- und Finanzausschuss mit der Vorlage 18/1909 mitgeteilt.

Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner Sitzung am 13. September 2023 erstmalig beraten und am 8. November 2023 abschließend über ein Votum an den HFA abgestimmt. Es lagen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD vor. Der Einzelplan 04 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr 18/361 verwiesen.

C Votum des Unterausschusses Personal

Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 14. November 2023 abgegeben (Vorlage 18/1929). Es lagen dort drei personalrelevante Änderungsanträge der Fraktion der AfD zu Einzelplan 04 vor. Der Bericht über das Ergebnis der Beratungen findet sich in der Vorlage 18/1929.

Der Personaletat zum Einzelplan 04 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/6820 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus der Drucksache 18/6800.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 16. November 2023 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und AfD vor. Das jeweilige Abstimmungsverhalten und -ergebnis ergeben sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen.**

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 04 010 Ministerium Titel 531 11 Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 148.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">140.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 44.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 103.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Angesicht der Kürzungsvorschläge der Regierung in vielen Bereichen, sollte die Landesregierung selbst vorbildhaft sein und die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Gutachten sowie Repräsentationsverpflichtungen pauschal um 30% kürzen.</p> <p>Dies wird mit diesem Antrag umgesetzt.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 148.000 Euro	140.000 Euro	um 44.400 Euro		auf 103.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 148.000 Euro	140.000 Euro																				
um 44.400 Euro																					
auf 103.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 04 215 Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>Von 190.898.700 Euro</td> <td>190.944.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>Um 9.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Auf 200.098.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Anhebung der Planstellen</p> <p>Von 1.023 Bes. Gr. R 1 Staatsanwalt</p> <p>Um 80 Bes. Gr. R 1 Staatsanwalt</p> <p>Auf 1.103 Bes. Gr. R 1</p> <p>Von 348 Bes. Gr. R 2 Oberstaatsanwalt</p> <p>Um 1 Bes. Gr. R 2 Oberstaatsanwalt Auf 349 Bes. Gr. R 2 Oberstaatsanwalt</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	Von 190.898.700 Euro	190.944.900 Euro	Um 9.200.000 Euro		Auf 200.098.700 Euro		<p>Votum UAP: abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																														
Von 190.898.700 Euro	190.944.900 Euro																														
Um 9.200.000 Euro																															
Auf 200.098.700 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
GRÜNE	nein																														
FDP	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
GRÜNE	nein																														
FDP	nein																														
AfD	ja																														

		<p>Begründung:</p> <p>Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW betont in seiner Stellungnahme, dass 376 Stellen für Staatsanwälte fehlen. Im Haushaltsplanentwurf 2024 der Landesregierung werden 20 neue Planstellen ausgeschrieben. Daher sind weitergehende personelle Ressourcen notwendig, um die als notwendig prognostizierte Stellenanzahl mittelfristig zu erreichen.</p> <p>Auch vor dem Hintergrund der jüngsten islamistischen und antisemitischen Aufmärsche in NRW muss die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaats weiter verstärkt werden.</p>	
--	--	--	--

		<p>um 2 Bes. Gr. R 2 Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>auf 109 Bes. Gr. R 2 Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Verwaltungsrichtervereinigung NRW stellt in ihrer Stellungnahme dar, dass die Verfahrensbelastung im Asylbereich aufgrund steigender Eingangszahlen deutlich zunehmen wird. Statt einer Reduzierung der Richterstellen ist zur Vermeidung einer Überlastung der Verwaltungsgerichte und zur Sicherstellung einer zügigen Bearbeitung der Asylverfahren die personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte zu verbessern.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
	AfD	<p>Kapitel 04 220 Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>HH 2024 von 46.884.400 Euro um 0 Euro auf 46.884.400 Euro</p> <p><u>Streichung der 93 kw-Vermerke</u> (1 R3 Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht zum 31.12.2025, 4 R2 Richter am Oberverwaltungsgericht zum 31.12.2025, 6 R2 Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht zum 31.12.2025, 55 R1 Richter am Verwaltungsgericht (3 zum 31.12.2024, 13 zum 31.12.2026, 39 zum 31.12.2025), 1 A11 Regierungsamtsmann, sobald die Kostenerstattung durch Bund und Länder entfällt, 10 A9 Regierungsinspektor (2 zum 31.12.2024, 4 zum 31.12.2025, 4 zum 31.12.2025), 16 A5 Justizoberwachmeister zum 31.12.2025</p> <p>Begründung:</p> <p>Die andauernde Migrationskrise verlangt nach stabilen Strukturen, um die Rechtsstreitigkeiten im Bereich der Migration zügig bearbeiten. Die sich andeutenden Gesetzesverschärfungen, wenngleich diese auch aktuell noch sehr zaghaft wirken, werden zu einer weiteren Belastung der Verwaltungsgerichte führen.</p>	<p>Votum UAP: abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 80%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 80%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
CDU	nein																						
SPD	nein																						
GRÜNE	nein																						
FDP	nein																						
AfD	ja																						
CDU	nein																						
SPD	nein																						
GRÜNE	nein																						
FDP	nein																						
AfD	ja																						

		<p>Eine entsprechende personelle Ausstattung führt damit auch zu schnelleren Abschiebungen. Darüber hinaus wird auf diese Weise sichergestellt, dass die anderen Tätigkeitsbereiche der Verwaltungsgerichte weiterhin ordentlich bearbeitet werden können.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																																
	SPD	<p>Kapitel 04 410 Titel 547 53</p> <p style="text-align: center;">Justizvollzugseinrichtungen Übergangsmanagement für (ehemalige) Strafgefangene zur beruflichen Reintegration</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2024</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.235.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.235.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">247.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.482.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>In Anlehnung an die jüngst durchgeführte Anhörung zur Einführung eines Resozialisierungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen im Rechtsausschuss vom 27.09.2023, wurde unabhängig von der eigenetlichen Thematik deutlich, dass das aktuell bestehende Übergangsmanagement für rund 30 % aller Inhaftierte mehr Mittel braucht, um einen erfolgreichen Übergang zu organisieren. Diese Mittel werden vor allem für weiteres Personal gebraucht.</p>		2024	Ansatz lt. HH 2023	von	1.235.500 Euro	1.235.500 Euro	um	247.100 Euro		auf	1.482.600 Euro		<p>Votum RA: abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	AfD	nein	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	AfD	nein
	2024	Ansatz lt. HH 2023																																	
von	1.235.500 Euro	1.235.500 Euro																																	
um	247.100 Euro																																		
auf	1.482.600 Euro																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
GRÜNE	nein																																		
FDP	Enth.																																		
AfD	nein																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
GRÜNE	nein																																		
FDP	Enth.																																		
AfD	nein																																		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 04 410 Titel 547 54</p> <p style="text-align: center;">Justizvollzugseinrichtungen Übergangsmanagement für die Sicherungsverwahrung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 100.000 Euro 100.000 Euro um 20.000 Euro auf 120.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>In Anlehnung an die jüngst durchgeführte Anhörung zur Einführung eines Resozialisierungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen im Rechtsausschuss vom 27.09.2023, wurde unabhängig von der eigenetlichen Thematik deutlich, dass das aktuell bestehende Übergangsmanagement mehr Mittel braucht, um einen erfolgreichen Übergang zu organisieren. Diese Mittel werden vor allem für weiteres Personal gebraucht.</p>	<p>Votum RA: abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enth. AfD nein</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enth. AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 04 410 Ausgaben für die Einrichtung einer zentralen Titel 547 59 Kleiderkammer für die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Dienstkleidungsvorschrift für die Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen verpflichtet die Angehörigen der Justiz zum Tragen von Dienstkleidung während des Dienstes. Dienstkleidung und Uniform prägen das Bild des Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst. Von dem Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands wird kritisiert, dass die Dienstkleidung aufgrund mangelnden Wettbewerbs überteuert angeboten werde und ständige Probleme bei der Beschaffung und der Qualität bestünden. Es wird gefordert, eine Kleiderkammer nach Vorbild der zentralen Bekleidungscenter der Polizei einzurichten. Mit der Einrichtung einer zentralen Kleiderkammer können die benötigten Dienstkleidungsstücke in gleichbleibender Qualität vorrätig gehalten werden.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 0 Euro	0 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 4.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 4.000.000 Euro																					
auf 4.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 04 510 Ausgaben für Rechtsstaatsbildung und Diversität Titel 547 11 tätsförderung</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 120.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Etablierung einer justizeigenen Organisationsberatungsstruktur zur dauerhaften Stärkung der Vielfalt in den Justizbehörden, welches mit dem Projekt „Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung und Nachwuchsgewinnung in der Justiz NRW“ vorangetrieben werden soll, stellt ein ideologiesteuertes Vorhaben ohne erkennbaren Mehrwert dar, welches in Zeiten einer angespannten Haushaltslage abzulehnen ist.</p>	HH 2024	Ansatz lt. HH 2023	von 120.000 Euro	0 Euro	um 120.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2024	Ansatz lt. HH 2023																				
von 120.000 Euro	0 Euro																				
um 120.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				